LANDESVERBAND THÜRINGEN

Antworten der CDU Thüringen auf die Wahlprüfsteine des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden erhalten Sie unsere Antworten auf die von Ihnen gestellten Fragen für die kommende Landtagswahl in Thüringen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse. Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Frage 1: Was planen Sie, um Armut zu bekämpfen, die auch in Thüringen über 18% der Bevölkerung bedroht?

Wir stehen für eine soziale Marktwirtschaft, die die aktivierende Vorsorge in den Mittelpunkt stellt. Unser Sozialsystem ist auf eine starke Wirtschaft mit vielen Arbeitnehmern angewiesen. Wir müssen stets mitbedenken, dass soziale Leistungen auch finanziert werden müssen. In den Sozialversicherungen müssen beitragsbezogene Leistungen wieder klarer von steuerfinanzierten Leistungen abgegrenzt und so Transparenz in den Finanzbeziehungen geschaffen werden. Dazu werden wir möglichst viele soziale Leistungen zusammenfassen, Rechtsvorschriften verständlicher machen. Wir streben einen vollautomatisierten, intelligenten Datenabgleich an.

Für uns ist klar, dass der Lohn immer auch Ausdruck von Produktivität sein muss. Gleichzeitig gilt, wer Vollzeit arbeitet, muss auch selbst davon leben können. Der Mindestlohn ist daher ein unverzichtbarer Teil der Arbeitsmarktordnung. Damit sich Arbeit auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wieder mehr lohnt, wollen wir die Löhne von Steuern und Abgaben entlasten. Grundsätzlich muss die Lohnfindung in der Hand der Tarifpartner bleiben. Die Politik darf hier keinen direkten Einfluss haben.

Gezielt wollen wir vor allem Familien in den Blick nehmen. Dafür wollen wir die Einkommensteuer reformieren und familienfreundlicher ausgestalten. Das Ehegattensplitting wollen wir erhalten und zu einem Familiensplitting weiterentwickeln, bei dem die Besteuerung der Familie mit jedem weiteren Kind sinkt. Außerdem wollen wir uns für eine stärkere Berücksichtigung der Kinderzahl und der Erziehungsleistung in der Renten- und der Pflegeversicherung einsetzen.

Alleinerziehende sind meist mit größeren Herausforderungen konfrontiert als Familien, in denen beide Eltern gemeinsam leben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich zu erhöhen. Außerdem wollen wir, dass das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet und der Zugang zu Wohngeld erleichtert wird.

Frage 2: Welche Maßnahmen werden Sie in der kommenden Legislatur umsetzen, um Pflege- und Gesundheitsangebote in Stadt und auf dem Land auszubauen und Pflegebedürftige sowie pflegende Angehörige konkret zu unterstützen?

Wir wollen ein Land, in dem jeder beste medizinische Versorgung erhält und in dem jeder in Würde alt werden kann. Jeder soll die Hilfe und Unterstützung bekommen, die er oder sie braucht. Das ist unser Verständnis von einer humanen, dem christlichen Menschenbild verpflichteten, Gesellschaft.

Das Gesundheitswesen und das Pflegesystem stehen vor enormen Herausforderungen. Eine immer älter werdende Bevölkerung braucht mehr medizinische Versorgung. Im gleichen Zuge geht viel medizinisches Personal in den Ruhestand. Zudem ist in den letzten 30 Jahren der Altersdurchschnitt der Thüringer um etwa 10 Jahre gestiegen – und er wird weiter steigen. Damit einher geht auch ein weiterer Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen.

Unser Ziel ist es, das Thüringer Gesundheitswesen sektorenübergreifend weiterzuentwickeln und die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufzulösen. Hierfür bedarf es Mut und Gestaltungswillen. Rot-Rot-Grün hat sich dabei nicht als verlässlicher Partner erwiesen, wie die verschleppte Krankenhausreform, nicht eingelöste Versprechen und Verzögerungen bei Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung zeigen.

Für uns ist klar: Eine gute medizinische Versorgung darf kein Privileg der Städte oder des Einkommens sein. Zugleich wissen wir, dass die Ausgaben des Gesundheitswesens aus den Beitragsmitteln der Versicherten bezahlt werden müssen.

Wir sind überzeugt, dass eine gleich gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land wesentlich für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Thüringen ist. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung ein. In 20 Minuten beim Arzt und in der Apotheke, zusätzlich Landschwestern und Gemeindepflegekräfte als Ansprechpersonen vor Ort, das ist Teil unseres 20-Minuten-Versprechens.
Konkret wollen wir für die medizinische Versorgung vor Ort:

- Arzt und Apotheke in erreichbarer Nähe. Unser Ziel ist es, die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum flächendeckend zu sichern und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Der Hausarzt muss die erste Anlaufstelle bleiben. Ebenso wie der Kinder-, Frauen- und Zahnarzt und die Apotheke darf er nicht länger als 20 Minuten entfernt sein.
- Studienplätze für Landärzte und Landapotheker schaffen. Zu wenig Studienabgänger aus den Bereichen Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie bleiben in Thüringen. Wir wollen, dass Thüringen 20 Prozent der verfügbaren Studienplätze an Bewerber vergibt, die sich zu einer Niederlassung als Haus-, Frauen-, Kinder- oder Zahnarzt oder als Apotheker in unterversorgten Gebieten in Thüringen entschließen. Für uns zählt dabei in erster Linie die Eignung als Landarzt, Landzahnarzt oder Landapotheker und nicht der Notenschnitt.
- Niederlassungen von Ärzten und Apothekern fördern. Wir werden die Stiftung zur ambulanten ärztlichen Versorgung in Thüringen mit mehr finanziellen Ressourcen ausstatten und Instrumente weiterentwickeln, um die Niederlassung von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern noch stärker zu unterstützen. Unter anderem werden wir die Förderung auch in ländlichen Ortsteilen größerer Kommunen ermöglichen.
- Attraktivität Freier Berufe steigern. Wir wollen junge Menschen motivieren, sich für eine berufliche Perspektive in der Selbstständigkeit zu entscheiden. Das bestehende System der Budgetierung hemmt Motivation für zusätzliche Arbeit in den Arztpraxen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass geleistete und in Anspruch genommene Arbeit angemessen vergütet wird.
- Arzt- und Krankenhaustransport verbessern. Wir wollen, dass das 20-Minuten-Versprechen in allen Regionen Thüringens gilt – auch im ländlichen Raum. Um dieses Versprechen zu halten, wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr um flexible Angebote des Arzt- und Krankenhaustransports, wie z. B. Bürgerbusse erweitern. Die Sprechzeiten der Ärzte sowie die Wege dahin und zu den Krankenhäusern wollen wir mehr als bisher in Verkehrskonzepte für den öffentlichen Personennahverkehr integrieren.
- Landschwestern auf den Dörfern etablieren. Mit der Landschwester werden wir für weniger mobile Menschen im ländlichen Raum eine medizinische Grundversorgung sicherstellen. Die Landschwester ist eine entsprechend weitergebildete

medizinische Fachangestellte, die über ein digitales Endgerät Rücksprache mit dem Hausarzt halten und eigenverantwortlich Hausbesuche übernehmen kann.

- Gemeindepflegekräfte vor Ort einsetzen. Die medizinische Versorgung durch die Landschwester werden wir durch Gemeindepflegekräfte ergänzen. Wir wollen Thüringen zur Modellregion nach dem Sozialgesetzbuch machen und diese beiden Aufgaben sinnvoll miteinander kombinieren.

Für eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft wollen wir:

- Alle Krankenhausstandorte erhalten. Rot-Rot-Grün hat die dringend notwendige Krankenhausreform über Jahre verschleppt. Die Thüringer Krankenhäuser sind dadurch massiv in Unruhe und benötigen dringend Planungssicherheit. Wir werden die Krankenhausplanung unverzüglich angehen. Unser Ziel ist es, jedem Krankenhausstandort eine Zukunftsperspektive als Ort medizinischer Versorgung zu geben und die Rettungsdienstplanung dahingehend anzupassen.
- Basisversorgung sichern und Polikliniken einrichten. Wir wollen eine Basisversorgung mit Notfallversorgung, internistischen und chirurgischen Leistungen sowie Geburtskliniken in allen Teilen Thüringens sicherstellen. Hierzu werden wir alternative und sektorenübergreifende neue Versorgungsmodelle erproben und umsetzen. Die Poliklinik 2.0 wollen wir als neuen Ankerpunkt der fachärztlichen und teilstationären Versorgung in ganz Thüringen etablieren.
- Qualität und Spezialisierung fördern. Planbare medizinische Eingriffe müssen dort durchgeführt werden, wo die Qualität am besten, der Erfolg der Eingriffe am höchsten und die Komplikationsraten am niedrigsten sind. Dazu braucht es die Bildung von Qualitätszentren, die wir durch die Krankenhausplanung weiter unterstützen wollen. Je spezialisierter und planbarer die medizinischen Leistungen werden, desto stärker werden die Leistungen an großen Schwerpunktversorgern, Maximalversorgern und dem Universitätsklinikum Jena konzentriert. Damit alle Kliniken von diesem Prozess profitieren, müssen Kooperationsanreize zwischen den Kliniken geschaffen werden.
- Krankenhaustransformationsfonds auflegen. Notwendige Umbaumaßnahmen in den Thüringer Krankenhäusern werden nicht allein aus den regulären Investitionskosten und den geringen durch die Ampel-Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zu stemmen sein. Deshalb werden wir einen Fonds auflegen, der alle für die Transformation nötigen Investitionskosten abdeckt.
- Investitionen für Krankenhäuser erhöhen. Die rot-rot-grüne Landesregierung ist ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung angemessener Investitionskosten an die Kliniken nur unzureichend nachgekommen. Wir werden die Finanzierung der Kliniken verbessern und den Investitionsstau sukzessive abbauen.
- Krankenhausplanung mit Experten begleiten. Um der dynamischen Entwicklung der Fallzahlen Rechnung tragen zu können, wollen wir bei der Krankenhausplanung ein permanentes Expertengremium vorschalten. Dieses Gremium soll grundlegende

Einigungen mit der Landeskrankenhausgesellschaft, der Landesärztekammer und den Krankenkassen vorbereiten.

Für einen flächendeckenden und gut funktionierenden Rettungsdienst wollen wir konkret:

- Masterplan Rettungsdienst auflegen. Wir wollen einen Masterplan für Bodenrettungsdienst, Luftrettung und Intensivverlegungsdienste. Gleichzeitig werden wir uns für eine Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen im Rettungsdienst einsetzen. Wir werden sicherstellen, dass bürokratische Vorgaben das Funktionieren des Rettungsdienstes nicht behindern.
- Notfall-Transportwagen einführen. Um die Abdeckung im Rettungsdienst zu verbessern und bestehende Lücken in der Notfallversorgung zu schließen, wollen wir im Rettungsdienstgesetz auch Notfall-Krankentransportwagen zulassen.
- Luftrettung stärken. Für veränderte Wege und Entfernungen bedarf es weiterer Rettungsmittel. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass es auch zusätzlicher Stützpunkte für Rettungshubschrauber bedarf. Außerdem wollen wir den Einsatz der Luftrettung vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang sowie bei schlechtem Wetter ermöglichen.
- Mehr Erstretter vor Ort etablieren. Wir wollen die Zeit bis zum Eintreffen von Hilfe durch Erstretter (First Responder) reduzieren. Denn in den allermeisten Fällen lassen sich durch schnellere Ersttherapie Folgeschäden am Patienten minimieren. Dazu wollen wir Gemeindenotfallsanitäter in Thüringen erproben und gezielt dort einsetzen, wo Wege länger sind. Außerdem wollen wir ein flächendeckendes Netz öffentlich zugänglicher Defibrillatoren in allen Thüringer Gemeinden schaffen.

Für mehr Fachkräfte und mehr Zeit am Patienten wollen wir konkret:

- Patientenzeit statt Schreibarbeit. Mehrfache Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten rauben wertvolle Zeit, die für die Behandlung von Patienten fehlt. Wir wollen das Leben der Menschen wieder einfacher machen und überflüssige Bürokratie abschaffen. Anstelle von sinnloser und überbordender Bürokratie setzen wir auf Verantwortung und Vertrauen.
- Ausbildungs- und Studienkapazitäten erhöhen. Wir wollen unsere jungen Menschen in Thüringen halten und sie für einen Beruf im Gesundheits- oder Pflegebereich begeistern. Dazu werden wir die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in den Gesundheitsberufen erhöhen. Außerdem bekennen wir uns zu notwendigen Neubauten und Investitionen, um die Kapazitäten beispielsweise im Bereich der Zahnmedizin und Pharmazie zu erhöhen. Entsprechende Investitionsmittel wollen wir bereitstellen. Zwischenzeitlich notwendige Studienplatzkapazitäten werden wir an anderen Hochschulen kurzfristig zukaufen.
- Regionale Kliniken in medizinische Ausbildung einbeziehen. Regionale Kliniken der Level 2 und 3 wollen wir stärker in die medizinische Ausbildung der Studenten einbeziehen. Dies betrifft nicht nur die Teilnahme an Prüfungsprozessen oder

Praktika, sondern vor allem auch die Möglichkeit, bestimmte Ausbildungsabschnitte vor Ort zu absolvieren.

- Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe. Um die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen attraktiver zu machen, muss die Ausbildung kostenfrei sein. Die Abschaffung des Schulgelds für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Diätassistenten und Podologen haben wir durchgesetzt und werden wir auch gegen Widerstand beibehalten.

Für gute Vernetzung zum Patientenwohl werden wir konkret umsetzen:

- Ambulante und stationäre Versorgung kombinieren. Wenn ambulante und stationäre Versorger ihre jeweiligen Stärken und Ressourcen einbringen, profitiert davon vor allem der Patient. Alle Möglichkeiten einer sektorenübergreifenden Versorgung werden wir nutzen. Dazu zählen auch ambulante Angebote durch Krankenhäuser, Kommunen und aus der Ärzteschaft heraus, ebenso Portalpraxen oder die Kassenärztliche Vereinigung als Träger eines MVZ. Außerdem wollen wir die wertvolle Hospizarbeit für Erwachsene und Kinder besser ausstatten.
- Telemedizinische Praxisregion in ganz Thüringen. Wir werden ganz Thüringen zur ersten deutschen telemedizinischen Praxisregion machen. Bereits projektierte telemedizinische Lösungsansätze werden wir an die örtlichen Bedürfnisse anpassen und flächendeckend ausrollen. Dabei soll das Universitätsklinikum Jena als zentraler Netzwerkakteur eingebunden werden.
- Digitalisierungskompetenzen bündeln. Wir wollen die Hausärzte in Thüringen bei der Digitalisierung besser unterstützen. Hierzu bedarf es einheitlicher Standards inklusive Schnittstellen sowie einer Bündelung der Digitalisierungskompetenzen an einer Stelle, beispielsweise bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Arztpraxen und Kliniken werden wir finanziell unterstützen. Wir wollen die elektronische Patientenakte durch eine klare und einfache Zugangs- und Widerspruchsregelung sowie mithilfe versorgungsrelevanter Inhalte und Anwendungen stärken.
- Medikamente abstimmen. Wenn Arzt und Apotheker gemeinsam die Medikation einsehen können, dann sind die Medikamente besser aufeinander abgestimmt. Wir wollen deshalb das gemeinsame Medikationsmanagement umsetzen und das erfolgreiche Projekt ARMIN flächendeckend ausrollen.
- Vernetzung fortsetzen. Das Universitätsklinikum Jena ist der Leuchtturm in der Vernetzung aller Gesundheitsstrukturen und bietet exzellente Voraussetzungen, um Spitzenversorgung und innovative Forschung, beispielsweise durch Telekonsile, in die Fläche zu bringen. Wir werden diese Rolle stärken und finanziell absichern. Netzwerke, wie das Schlaganfall- und das Herzinfarktnetzwerk, werden wir fördern.

Hinsichtlich der Pflegepolitik ist es unser Ziel, in ganz Thüringen die Voraussetzungen für eine würdevolle und menschliche Pflege zu schaffen. Hierfür braucht es in erster Linie ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte. Wir wollen dem Mangel an Fachkräften stärker

entgegentreten, als es die rot-rot-grüne Landesregierung in den letzten zehn Jahren getan hat. Gleichzeitig wollen wir die Pflegekosten senken, um die immer weniger werdenden Beitragszahler nicht noch stärker zu belasten. Die Pflege zu Hause als die mit Abstand häufigste und beliebteste Form der Pflege wollen wir stärken, indem wir die Situation pflegender Angehöriger verbessern. Schließlich wollen wir Pflegebedürftigkeit durch gute Prävention vermeiden oder zumindest verzögern.

Dazu wollen wir für mehr Fachkräfte und damit mehr Zeit in der Pflege folgende konkreten Maßnahmen umsetzen:

- Pflegezeit statt Schreibarbeit. Die Arbeit am Menschen und nicht die Dokumentation darüber soll wieder im Mittelpunkt der Pflege stehen. Wir werden überflüssige Bürokratie, wie Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten, konsequent abbauen. Wir wollen mehr Vertrauen gegenüber unseren Pflegekräften.
- Berufsbild Pflege stärken. Wir wollen das Berufsbild Pflege aufwerten. Mit mehr Eigenständigkeit bei der pflegerischen und medizinischen Arbeit wollen wir das Berufsbild der qualifizierten Fachkraft für neue Zielgruppen attraktiv machen. Indem qualifizierten Pflegefachkräften mehr heilberufliche Kompetenzen übertragen werden, wollen wir das Berufsbild stärken. Außerdem wollen wir, dass in den Tätigkeitsbeschreibungen und Verantwortlichkeiten stärker zwischen Pflegehilfskräften, Pflegefachkräften und akademisch ausgebildetem Personal unterschieden wird.
- Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern. Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir uns für bessere Arbeitsbedingungen und ein modernes Personalmanagement für Pflegekräfte einsetzen. Wo möglich, kann durch verbindliche Dienstpläne, die Vermeidung geteilter Dienste, flexible Teilzeitmodelle und angepasste Kinderbetreuungsangebote die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden.
- Initiativen zur Rückgewinnung und Umschulung starten. Pflegekräfte, die ihren Beruf aufgrund unattraktiver Arbeitsbedingungen aufgegeben haben, wollen wir mit einer Initiative zur Rückgewinnung wieder für den Beruf begeistern. Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme der Bundesagentur für Arbeit wollen wir intensiver nutzen, um neue Pflegekräfte zu gewinnen.
- Mehrarbeit steuerlich honorieren. Um freiwillige Mehrarbeit in der Pflege zu honorieren, setzen wir uns dafür ein, Überstunden steuerfrei zu stellen.
- Thüringen-Jahr einführen. Die Erfahrung des Zivildienstes zeigt, dass im Rahmen eines Pflichtdienstes überwiegend positive Erfahrungen mit sozialen Berufsbildern gemacht wurden, die vielfach auch den zukünftigen Lebensweg bestimmten. Mit der Einführung eines Gesellschaftsjahres wollen wir diese Erfahrungen wieder ganzen Jahrgängen zugänglich machen. Mit einem freiwilligen Thüringen-Jahr werden wir im Land vorangehen.
- Anwerbungs- und Anerkennungsturbo für Pflegekräfte. Zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Pflege brauchen wir Fachkräfte aus dem Ausland. Wir

werden gezielt Pflegekräfte im Ausland anwerben und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen und massiv beschleunigen.

- Landespflegeplanung erarbeiten. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich nur unzureichend ihrer Verantwortung zur Planung und Förderung der Pflegeinfrastruktur gestellt. Wir werden das ändern und diese Aufgabe im Rahmen einer Landespflegeplanung koordiniert in Angriff nehmen. Unser Ziel ist es, bestehende Lücken zu erkennen und aktiv Pflegepersonal, beispielsweise durch Anreize, in unterversorgte Regionen zu lenken.
- Telepflege ausbauen. Ausgewählte Angebote, wie Monitoring, Beratung oder die Übermittlung von Routinedaten können telepflegerisch ohne Qualitätsverlust, aber mit geringerem Personalaufwand, erbracht werden. Den Ausbau solcher Angebote werden wir mit Landesmitteln unterstützen. Gleiches gilt für technische und digitale Unterstützungssysteme mit deren Hilfe Pflegebedürftige länger zu Hause wohnen können.

Für eine bezahlbare Pflege wollen wir:

- Pflegereform angehen. Wir bekennen uns zur sozialen Pflegeversicherung und zu guter und bezahlbarer Pflege. Um die Pflege für Pflegebedürftige und Versicherte finanzierbar zu halten, brauchen wir dringend eine Pflegereform. Die bisher von der Ampel-Regierung vorgelegten Vorschläge reichen nicht aus. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Pflegereform einsetzen. Künftig muss gelten: Zunächst muss es um eine Sicherstellung der bestehenden Leistungen und deren Finanzierbarkeit gehen.
- Pflegekosten in Pflegeeinrichtungen senken. Wir wollen die Kosten der Pflege für die Betroffenen senken. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Pflegeeinrichtungen bei betriebsnotwendigen Investitionen mit Landesmitteln unterstützen. Für die Betroffenen können sich die Kosten in der Pflege dadurch um bis zu 17 Prozent reduzieren.
- Wohneigentum und Altersvorsorge nicht antasten. Die steigenden Kosten der Pflege stellen viele Menschen vor die Notwendigkeit, für die Pflege ihres Ehepartners die eigene Altersvorsorge, beispielsweise in Form von Immobilien, aufgeben zu müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass selbstgenutztes Wohneigentum und die eigene Altersvorsorge nicht mehr herangezogen werden können, um die Pflegekosten zu finanzieren.

Für Entlastungen bei pflegenden Angehörigen wollen wir konkret:

- Landespflegegeld einführen. Für Pflegebedürftige ab Pflegegrad II werden wir ein Landespflegegeld einführen. Pflegebedürftige erhalten damit die Möglichkeit, sich selbst etwas Gutes zu tun oder den Menschen eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen am nächsten stehen: ihren pflegenden Angehörigen, Freunden, Helferinnen und Helfern.

- Pflegezeiten berücksichtigen. Wer selbst pflegt, der entlastet die Pflegeversicherung. Deshalb wollen wir die Pflegezeit pflegender Angehöriger auf die Lebensarbeitszeit anrechnen und die Abgaben an die Pflegeversicherung bei zukünftiger Erwerbsarbeit je nach Dauer der Pflege absenken oder komplett entfallen lassen. Darüber hinaus werden wir uns auch für eine bessere Anerkennung der Pflegezeit in der Rente einsetzen.
- Arbeitszeit flexibilisieren. Für die Pflege naher Angehöriger braucht es zudem flexible Arbeitszeiten. Dies wollen wir durch die Einführung von Familienzeit-Konten gewährleisten.
- Informationen auf einer Plattform teilen. Alle für pflegende Angehörige notwendigen Informationen werden wir auf einer zentralen Internetseite bündeln. Außerdem werden wir einen sogenannten "Heimfinder" einführen, der in Echtzeit freie Kapazitäten in Pflegeeinrichtungen aufzeigt. Diese Funktion soll auch für die Anzeige von Kapazitäten für Kurzzeit-, Verhinderungs-, Tages- und Nachtpflege verfügbar sein.
- Beratung optimieren. Wir brauchen in Thüringen keine weitere Verweisberatung, sondern direkte Hilfe für pflegende Angehörige. Deshalb wollen wir die Gesundheitskioske mit Pflegestützpunkten verschmelzen, um ein gemeinsames Fallmanagement für Pflege und Gesundheit aufzubauen.
- Notfallpflege ausbauen. Wenn pflegende Angehörige kurzfristiger in Not sind, benötigen sie oft eine Kurzzeit- oder Verhinderungspflege. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat es versäumt, im Rahmen der Pflegestrukturplanung die nötigen Strukturen für Kurzzeit-, Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege auszubauen und finanziell zu untersetzen. Wir wollen, dass Thüringen diese Angebote für pflegende Angehörige ausbaut.

Frage 3: Wie werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass das Land den Städten und Kommunen bei dem Erhalt und dem Ausbau sozialer Infrastruktur unterstützt?

Thüringens Kommunen brauchen finanzielle Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzausstattung. Nur so können sie den berechtigten Erwartungen der Bürger an ein funktionierendes Gemeinwesen gerecht werden. Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich mit dem Ziel reformieren, die Gestaltungsspielräume der Kommunen zu erweitern. Wir werden einen einfacheren, planbareren und einen auf zukünftige Bedarfe ausgerichteten KFA aufstellen. Um den ländlichen Raum zu stärken, werden wir die sogenannte Hauptansatzstaffel im KFA, nach der sich die Höhe der Landeszuweisungen an die Kommunen richtet, zu Gunsten kleiner Gemeinden verändern. Wir sorgen dafür, dass die Gewährung des Mehrbelastungsausgleichs den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst wird. Als wesentliche Änderungen im KFA streben wir die Berücksichtigung eines Flächenansatzes für betreffende Strukturen an und wollen, dass Kommunen mit einer herausragenden Umlandfunktion im besonderen Maße berücksichtigt werden. Außerdem

werden wir die Kindergartenfinanzierung in eine einheitliche und transparente Struktur überführen.

Mit einem Kommunalen Investitionsfonds wollen wir dringend notwendige Investitionen auf kommunaler Ebene ermöglichen und auch Kreditoptionen vereinfachen. Ein revolvierender Kommunaler Investitionsfonds (KIF) wird dabei zinsvergünstigte Darlehen und Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in unseren Kommunen gehört auch, Bildungseinrichtungen zu sanieren und zu modernisieren. Wir wollen für alle Kinder eine gute und bildungsfördernde Lernumgebung schaffen. Mit einer Bildungsbauoffensive wollen wir den Modernisierungs- und Sanierungsstau an den Kindergärten und Schulen schrittweise bis zum Jahr 2030 abbauen. Bei Neubauten und Sanierungen werden wir die multifunktionale Nutzung in den Vordergrund stellen. Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen bei Unterhaltungs- und Nebenkosten standardisieren und einheitlich regeln.

Frage 4: Was sind Ihre Vorschläge, um mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen und um schon vorhandenen Wohnraum barrierefrei nachzurüsten?

Wir werden Um- und Ausbaumaßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit durch das “Barrierefreiheitsprogramm” ausbauen und gezielt auch Privatleute unterstützen. Denn in den allermeisten Fällen wissen die Bürger selbst um ihre Bedürfnisse, benötigen jedoch staatliche Unterstützung, weil Umbaumaßnahmen ohne staatliche Hilfen oft nicht bezahlbar sind. Davon erwarten wir uns einen Investitionsschub, von dem Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen profitieren. Gleichzeitig kann unter Umständen einer zeitigen Pflegebedürftigkeit vorgebeugt werden, wenn Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen bleiben und dort alt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Kern

Landesgeschäftsführer der CDU Thüringen

CDU Thüringen

Friedrich-Ebert-Str. 63

99096 Erfurt

Kontakt

info@cdu-thueringen.de

Tel.: 0361 34490

Soziale Medien